DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

MÄRZ 3/93

30. Januar 1993 am Hauptbahnhof in Bremen

Um 11 Uhr steckten Demonstrationsteilnehmer Blumen an die Tafel am Hauptbahnhof.

Diese Tafel erinnert an den Abtransport von 440 Bremern und 130 jüdischen Frauen und Männern aus dem Umland, davon 63 Kinder, am 18. November 1941 nach Minsk. Ein Jahr später fuhr ein weiterer Zug. Im März 1943 folgte ein Zug mit Sintis und Romas. Diese waren in einer Baracke des Schlachthofes in der Findorffstr. gesammelt worden. Diese 3 Züge waren ein kleiner Teil von 12 Millionen, die in den K.Z.'s, Vernichtungs- und Arbeitslagern ermordet worden sind. Das Naziregim, das dürfen wir nicht vergessen, wurde von den Herren der Banken und des Junkertums an die Macht gehievt.

Am 19. November 1932 schrieben Hjilmar Schacht, Freiherr v. Schröder, Fritz Thyssen, Alfred Vögeler, Paul Reusch und weitere Herren an Paul von Hindenburg. In dem Brief forderten sie, den Führer der größten nationalen Bewegung zum Kanzler zu ernennen. Diese Herren kannten die Ziele Hitlers, Vernichtung des jüdischen Bolschewismus und Eroberung des Ostens.

Diese Ziele sahen diese Herren entschwinden und ihr Geld fortschwimmen, weil die Nazipartei bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 über 2 Millionen Stimmen verloren hatte.

Noch vor Stalingrad begriffen die gleichen Herren von Finanz- und Industrie, der Krieg ist nicht zu gewinnen.

1942 verkaufte Hapag-Lloyd in der Stadtmitte. In der Festzeitschrift 100 Jahre Hapag-Lloyd von 1956 wurde geschrieben, die Bremer begriffen noch nicht, daß Deutschland nach diesem Kriege nicht mehr so auftreten könne wie vor 1914 und auch nicht wie vor 1933.

1943 richteten der Deutsche Industrieverband, die Banken, das auswärtige Amt und die SS Ausschüsse ein. Diese hatten die Aufgabe, Richtlinien für die Regulierung der Schulen nach diesem Kriege aufzustellen. Der Ausschuß der Industrie, in dem der bekannte Prof. Dr. Ludwig Erhard tätig war, hatte die Aufgabe, dem Sozialismus eine glaubhafte Alternative entgegenzusetzen.

Die neue Idee ist die „soziale Marktwirtschaft", die sich heute wieder einmal als ganz gewöhnlicher Kapitalismus erweist. Die heutige katastrophale Wirtschaft und die Neonazi-Terrorwelle 1992 hat ganz Schlaue zu der Frage angeregt, ob 1992 mit 1932 zu vergleichen wäre? Die Antwort konnte nur „Nein" lauten.

Wirtschaftlich ist 1992 eher mit 1929/30 zu vergleichen. Da brach auch die Stahlindustrie zusammen. Die leeren Staatssäckel sollten damals wie heute durch den Abbau der sozialen Leistungen, des Arbeitslosengeldes und den Eingriffen in die Tarifhoheit gefüllt werden. Einen Unterschied gibt es; damals im Juni 1930 lehnte der Reichstag das alles ab. Daraufhin löste Hindenburg den Reichstag auf und ermächtigte den Kanzler Brüning per Notverordnung, die Kürzungen vorzunehmen. Es gab noch 4 Notverordnungen, die aber nicht den Staatssäckel füllten, sondern die Krise vertieften. 1932 waren die Arbeitsplätze bis auf 44% von 1928 abgebaut. Schon nach der ersten Notverordnung wuchs der Einfluß der Nazis von 13 Sitzen 1928 auf 109 Sitze 1930 bis auf 230 Sitze im Juli 1932 an.

Heute sieht das anders aus. Es gibt wohl ein großes braunes Netz, vor dem die etablierten Parteien Schritt für Schritt zurückweichen. Am Bahnhof wurde auch zu den Juristen gesagt, die 3 türkischen Frauen könnten noch leben, wenn die Justiz nicht auf dem rechten Auge blind gewesen wäre. Die Juristen, die der freieste Stand in Deutschland sind, haben selbst Juristen verurteilt, weil diese sich die Freiheit genommen und in Mutlangen an der Blockade teilgenommen haben. Die Freiheit des Anderen ist eben nicht immer die Freiheit des Anderen.

Der Rechtsruck, gegen den wir heute demonstrieren, vollzieht sich auch in den Regierungen. Besonders wichtig ist die Tatsache, daß die Regierenden nie vergessen, vom Rechts- und Linksextremismus zu sprechen. Weil die linke Bewegung für den Frieden, für die Erhaltung des Art. 16, G.G., wie für die Erhaltung aller Grundrechte ist, ist sie keine Terroristenbewegung!

Wenn die Innenminister Kupfer und Seiters zu dem Feuerüberfall in Rostock-Lichtenhagen erklären, sie kennen nur den Terror von Brockdorf, so ist das doch wohl nicht nur Unkenntnis, sondern eine Unterstellung. Solche Äußerungen fördern natürlich das immer frecherwerdende Auftreten der Neofaschisten, wie die weiterhin erfolgenden Terroranschläge belegen.

Lichterketten sind gut, aber genügen nicht. Es müßte eine offensive Kampagne der Aufklärung folgen:

Wo der Rechtsruck entsteht, wer ihn fördert. Beginnen wir heute, den Rechtsruck zu stoppen.

Willy Hundertmark

– ACHTUNG – ACHTUNG –

NATO-General Wörner erklärt, daß die Zeiten unsicherer als im "Kalten Krieg" seien und schließt einen Weltbrand nicht aus! Kohl und Rühe blicken ungeduldig nach Jugoslawien ... wann endlich dürfen deutsche Soldaten als Blauhelme sterben. Wir, die VVN-BdA sind sehr besorgt und laden deshalb zu einer

Mitgliederversammlung am 27. März, um 15.00 Uhr

in der Begegnungsstätte Haferkamp ein.

Thema:
Rechtsradikalismus in Deutschland – Deutsche Soldaten in alle Welt?

Es gibt auch Kaffee und Kekse.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Der Landesvorstand

Achtung, es folgt keine Einladung mehr per Post!

„... nicht durch Militarismus ersticken lassen..."

Rund hundertfünfzig Bremerinnen und Bremer gedachten am 7. Februar der erschossenen Verteidiger der Bremer Räterepublik. Am 4.2.1919 wurde sie durch irreguläre Freikorps zerschlagen, nicht durch reguläre Truppen, wie die Presse fälschlicherweise berichtete. Schon im Vorfeld hatte uns die Presse ein Verwirrspiel mit dem Kundgebungsdatum geliefert.

In einer Zeit des Solidarpaktierens wegen Sozialabbaus, in einer Zeit bevorstehenden militärischen Eingreifens der Bundeswehr für deutsche Wirtschaftsinteressen in aller Welt, war eine solche gemeinsame Veranstaltung von VVN-BdA, DGB, SPD, DKP, Jusos, Falken, SDAJ und AB schon gefragt. Einleitend wies Willy auf die Mahnung der SPD-Zeitung „Hamburger Echo" vom 1.2.1919 an Gustav Noske hin, die Revolution nicht durch den Militarismus ersticken zu lassen.

Konrad Kunick war bemüht, in seiner Rede Brücken zu schlagen über Fehler und Vorurteile hinweg, die jahrelang die Beziehungen zwischen verschiedenen Traditionen der Arbeiterbewegung belasteten. So benannte er die verheerende Wirkung der Sozialfaschismusthese, wie auch das unglaubliche Verhalten des SPD Parteivorstands, die Legalität 1933 durch Ausschluß seiner jüdischen Mitglieder retten zu wollen. Er ging auf die Verfolgung und Ermordung eines großen Teils der bolschewistischen Führung durch die ungesetzlichen Maßnahmen Stalins ein, auf die Folgen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages 1939 für diejenigen deutschen Emigranten, die ihm ablehnend gegenüberstanden, auf die verschärfte politische Auseinandersetzung mit oppositionellen Sozialdemokraten zu Beginn der Herausbildung der DDR.

Ich hätte mir sicherlich eine mehrseitige Darstellung der Folgen des Kalten Krieges gewünscht, die Verfolgung unter Adenauer und die Berufsverbote beim Namen zu nennen, und vor allem ein Eingehen auf die notwendige Rehabilitierung der Opfer dieser Maßnahmen. Die Geschichte der Gedenkveranstaltungen zeigt durchaus eine bemerkenswerte Tendenz zu Änderung auf, gibt es doch gemeinsame Kundgebungen erst seit wenigen Jahren. Ein Höhepunkt war die Einweihung eines Teils des alten Denkmals, mit einer Tafel versehen, die auf die Geschichte verweist. Die Kundgebung endete mit dem Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit", gespielt vom Roten Pfeffer.

Raimund

1993 Grundgesetz ?

Polizei und Staatsanwaltschaft durchsuchten am 3. Februar die Räume von Skinhead-Musikgruppen, um rassistische Platten und Kassetten zu beschlagnahmen. Vorausgegangen waren wochenlang Mitteilungen in den Medien. Fast zur gleichen Zeit berichtet ein Nachrichtenmagazin, daß die Verbote der neofaschistischen NF, DA und AO ggf. vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden können, da sie Parteistatus besäßen. Erst unter massivem Druck der Öffentlichkeit, insbesondere unserer Nachbarländer, hatte sich Herr Seiters nach den Morden von Mölln dazu verstanden, diese Gruppen zu verbieten, sehr zögernd, nacheinander, nach langen Vorwarnzeiten. Programme und Statuten waren noch kurz zuvor auf Kosten der Steuerzahler versandt worden, Spenden steuerlich abzugsfähig. Wurden die Begründungen absichtlich so „dilletantisch" abgefaßt (Spiegel 5/93), daß sie vor Gericht die Tinte nicht halten können? Wie sonst kann die Verbotsverfügung gegen die NO diese wiederholt mit der DA verwechseln? Ist es Beruhigungsstrategie für's Ausland, daß wiederholt Gerüchte über ein Vorgehen gegen NPD und DVU auftauchen? Den Fraktionsstatus jedenfalls hat die DVU in der Bremer Bürgerschaft eingebüßt, Maßnahmen gegen Wahlbetrug aber sind bislang nicht bekannt. Anlaß zur Untersuchung gibt es reichlich, Wohnsitzschiebereien, Verwendung von Sitzungsgeldern für Regeltätigkeit der Münchener Parteizentrale, undemokratisches Auftreten und rassistische Parolen in der Bürgerschaft.

Wichtig wäre ein „sauberes" Bild dieses Landes nach außen schon. Die Bundesregierung schickt sich an, ihre Interessen offensiv nach außen zu tragen, z.B. durch Feuerleithilfe im Golfkrieg. Das war und ist grundgesetzwidrig, weder Auswärtiges Amt noch wir, die Öffentlichkeit, waren informiert. Auch für Bosnien werden die Einsatzplanungen vorangetrieben, obwohl es vor allem Kroatien und nicht Serbien ist, das gegen das UN-Flugverbot verstößt. Das Feindbild wird geschmiedet, die Bundeswehr zur Infrarotüberwachung an die Ostgrenze beordert, der Bundesnachrichtendienst hat das Recht auf Abhörung aller Telefone, Funkkontakte und Post erhalten, um per Stichwort Schleppnetzfahndung nach Waffen oder Drogen auszulösen. Sicherlich wird nun auch bald das gesprochene Wort zuhause oder im Büro per Lauschangriff dem Verfassungsschutz neues Leben einhauchen. Die Militarisierung unseres Landes nimmt Form an, wird Kohl den Staatsnotstand verkün den?

Die Verfassungskommission unter Rupert Scholz arbeitet an der Abschaffung der Stadtstaaten. Gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes hilft nur die Umsetzung der Parole: Bleib im Land und wehr dich täglich!

Kieler Antifaschisten berichteten in einer Informationsveranstaltung am 8.1.93:

Am 18. Mai 1992 wurde der 69jährige Gerhard Bögelein von der 22. Strafkammer des Landgerichts Hamburg zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Die Begründung des Gerichts: Heimtückischer Mord an dem NS-Wehrmachtsrichter Erich Kallmerten.
Dieses Urteil ist aus verschiedenen Gründen ungeheuerlich:
Die Verhaftung, die Anklage und das Urteil gegen den alten Antifaschisten sind deutliche Anzeichen für eine nachträgliche Verfolgung des antifaschistischen Widerstandes gegen das NS-Regime. Der Prozeß ist ein Beispiel für eine in der BRD immer massiver werdende Form von Geschichtsfälschung, die aus den NS-Tätern Opfer machen will und aus den Menschen, die sich aktiv dem Faschismus entgegenstellten und die Mörder zur Rechenschaft zogen, Verbrecher.

- Der zu lebenslänglicher Haft verurteilte Gerhard Bögelein war aktiver Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus; er war Befehlsverweigerer, Deserteur, er drehte das Gewehr um und kämpfte mit der Roten Armee gegen den Nationalsozialismus
- Der getötete NS-Wehrmachtsrichter hat zwischen 1943 und 1945 mehr als 170 Todesurteile unterschrieben und war noch 1947 im Kriegsgefangenenlager ein überzeugter Nationalsozialist
- Die Ermittlungen und Zeugenbefragungen, auf die sich das Verfahren stützte, wurden zum großen Teil Anfang der 50er Jahre von einem ehemaligen NS-Volksgerichtshof-Richter vorgenommen
- Fast sämtliche Zeugen der Staatsanwaltschaft waren durchwegs überzeugte Nationalsozialisten. Gerhard Bögelein selbst streitet die ihm vorgeworfene Tat ab.
- Gerhard Bögelein war bis zur „Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten DDR-Bürger und wurde kurz danach – schwer krank und haftunfähig – ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verbracht.

Kontaktadresse:
Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes
Lindenallee 54 – 2000 Hamburg 20

1943 – Aufstand im Ghetto von Warschau
1993 – Gedenken

Am Sonnabend, den 24. April 1993, um 19.00 Uhr, im großen Saal der ev. Gemeinde St. Stephanie, Faulenstraße.

Edna & Esther Bejarno treten auf mit der Gruppe **Coincidence**.

Esther & Edna Bejarno sind Mutter und Tochter. Esther gehörte als K.Z.-Häftling dem Mädchenorchester in Auschwitz-Birkenau an.

Mit dem Konzertprogramm stellt die Gruppe **„Coincidence"** ein vielseitiges Repertoire u. a. mit jiddischen Liedern aus dem Ghetto und dem Widerstand in verschiedenen Sprachen vor.

Gedenkrede: Prof. Kurt Pätzold, Berlin

VVN-BdA Bremen e.V. in Zusammenarbeit mit: Senator für Kultur und Ausländerintegration · Lidice-Initiative · Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden · Naturfreundejugend Mosaik-Kulturhaus e.V. · Sozialistische Jugend – Die Falken · Ernst Busche · u.v.a.

V.i.S.d.P. Willi Hundertmark



Eintritt: DM 12,–, für Schüler DM 10,–

Krank, kinderreich, der türkischen Sprache kaum mächtig

In der letzten BAF-Ausgabe schilderte ich die Lage Mohammed Aydins und ging dabei auch kurz auf die Familiengeschichte ein. Der Anwalt hat inzwischen gegen die Abschiebung Klage erhoben. Uns geht es darum, aus humanitären Gründen eine solche Abschiebung auszusetzen.

Süleyman und Kevkep Aydin sind in der Südosttürkei geboren, in türkisch Kurdistan. Ihre Sprache ist arabisch, denn schon als Kinder sind sie mit ihren Eltern in den Libanon gegangen. 1970 haben sie geheiratet. In Beirut lebten sie unter Kurden und Palästinensern. 1975 wurde ihr Stadtviertel von falangistischen (christlichen) Milizen überfallen, es war der Beginn eines langjährigen Bürgerkrieges mit Tausenden Toten. Wer konnte, floh nach Westbeirut. In den folgenden Jahren ging Süleyman Aydin mehrfach für kurze Zeit in die Türkei, auch um dort Militärdienst zu leisten. In Auseinandersetzungen des Militärs mit der kurdischen Zivilbevölkerung ergriff er Partei für eine Vorläuferorganisation der PKK. Diese Kontakte hielt er im Libanon aufrecht. Inzwischen verfolgten die Amal-Milizen in Westbeirut Kurden und Palästinenser. Süyleman Aydin geriet vorübergehend in ihre Gewalt, 1988 wurde sein Haus zerstört, Verwandte und Freunde kamen ums Leben.

Familie Aydin floh zunächst in die Türkei. Doch die Provinz Mardin geriet zunehmend in den Strudel bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Militärs und Guerilla. Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Folterungen waren an der Tagesordnung und sind es immer noch. Nach mehreren Anläufen gelangt die Familie in die BRD. Ihren 1. Asylantrag stellen sie unter dem Namen, den sie im Libanon führten: Aziz. Mittlerweile lebt die Familie seit vier Jahren in Bremen. Beide Eltern sind chronisch krank. Kevkep Aydin ist schwanger, Süleyman herzleidend und klagt über Kopfschmerzen und Schwindelanfälle. Trotz Bandscheibenoperation bleibt sein Bein gefühllos. Nach Nierensteinzertrümmerung bedarf er dauernder ärztlicher Kontrolle. Für die Ärzte gilt er als nicht reisefähig. Der Landesvorstand forderte Innensenator van Nispen auf, die Familie aus humanitären Gründen zu dulden. Bitte unterstützt unsere Aktion, schickt viele Postkarten an Innensenator Fr. v. Nispen, Contrescarpe 22, in Bremen 1. „Hiermit fordere ich den Senator für Inneres und die Ausländerbehörde auf, die Ausweisung der Familie Süleyman Aydin nicht durchzuführen und ihren Aufenthalt aus humanitären Gründen zu dulden und hinzunehmen".

Wilhelm Henkel

Deutsche Behörden gegen ein Kind (unter 2 Jahren)

? ist Unrechtsbewußtsein un-deutsch ?
? schon wieder ? oder immer noch ?

Selbstverständlich gehört die VVN-BdA-Bremen zum "ADYN-Unterstützerkreis". Selbstverständlich haben die Vertreter der anwesenden Medien die baf-Vertreterin "gar nicht gesehen".

Irmgard

Die zwei Gesichter, Bundesrepublik

Rund 700 Kurden hatten anfang Februar in Brüssel einen Hungerstreik angetreten, um die Weltöffentlichkeit auf das brutale Vorgehen der türkischen Armee gegen Städte und Dörfer dieses Volkes aufmerksam zu machen. Mit diesem Hungerstreik wollten sie verhindern, daß ein Gewöhnen an die Ausrottungspolitik eintritt. Uneingeschränkt und ungemindert gehen die offiziellen und diplomatischen Kontakte zur Regierung in Ankara weiter.

Mit zweierlei Maßen wird auch in bundesdeutschen Medien über Menschenrechtsverletzungen berichtet. Während tagtäglich über Bürgerkriegsgeschehen und Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien berichtet wird,- geht man gleichgültig, schweigend und akzeptierend über die Verbrechen der türkischen Armee gegen die Kurden in der Türkei hinweg.

Mit dem gegenwärtigen Gerangel, die Bundeswehr zu schrumpfen, wird von den wahren Absichten Bonner Politiker abgelenkt.

Das sogenannte „Schrumpfen" dient in Wirklichkeit der Umorganisation auf die neu entstandene Weltlage. Mit moderneren, schlagkräftigeren Waffen wird sie auf ihre neu zugedachte Rolle als Weltpolizei umgerüstet. Brauchen wir überhaupt noch diese Bundeswehr?

Nach der Schaffung der Einheit Deutschlands und nun auch der Einheit (West) Europas sind die nationalen Armeen mit der allgemeinen Wehrpflicht überflüssig. Vernünftig wäre es für verantwortliche Politik, die Rüstungsindustrie jetzt verstärkt auf die Aufgabe zur Linderung des Hungers in der Welt umzustellen.

Mit Panzern, Kanonen und Bomben kann die Zahl der Menschheit verringert werden. Aber um den Hunger in der Welt zu stillen, brauchen die Menschen in der sogenannten dritten Welt Lebensmittel. Und um Lebensmittel zu produzieren, benötigen sie Maschinen. Arbeit gibt es genug auf dieser Welt. Es fehlt nur am guten, ehrlichen Wollen der Politiker in den „reichen" Ländern – „Bauhelme" statt „Blauhelme".

Alois

Ein Dokument

27. Aus den Leitsätzen des Europa-Ausschusses des Auswärtigen Amtes vom 9. September 1943 über die Gründung eines Europäischen Staatenbundes

1.) Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits abzeichnet, ist eine zwangsläufige Entwicklung.
Sie ist notwendig geworden durch die ungeahnten Fortschritte der Technik, die Schrumpfung der Entfernungen infolge der modernen Verkehrsmittel, die ungeheure Steigerung der Reichweite und Zerstörungskraft der Waffen (Luftwaffe), die gewaltige Last der Rüstungen und den Zug der Zeit, weite Zusammenhänge zu schaffen und große Räume gemeinsamer Erzeugung und Bewirtschaftung herzustellen (Epoche der Großreiche und kontinentalen Zusammenballungen).
Ohne Einigung kann Europa seine bisherige Stellung in der Welt nicht behaupten. Alle europäischen Völker würden davon betroffen werden (Schicksalsgemeinschaft).
II.) Die Einigung Europas ist durch den Deutschland von England, dem alten Feind des Kontinents, aufgezwungenen Krieg zu einem akuten Problem und in ihrem Prozeß beschleunigt worden. Der Kampf Deutschlands gegen England ist der europäische Einigungskrieg.
III.) Deutschland strebt die Einigung Europas auf föderativer Grundlage an: Freiwilliger, aus der Einsicht der Notwendigkeit geborener Zusammenschluß aller europäischen Völker, die sich historisch bewährt haben, zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten.
IV.) Die Gliedstaaten des europäischen Bundes behalten ihre Selbständigkeit und Freiheit. Einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten ist nicht beabsichtigt.
V.) Die einzige Forderung an die europäischen Staaten ist, loyale, Europa bejahende Glieder der europäischen Gemeinschaft zu sein und an den Gemeinschaftsaufgaben positiv mitzuarbeiten.
VI.) Die Achsenmächte haben durch ihre Lage in der Mitte Europas und ihr machtpolitisches Schwergewicht eine besondere Verantwortung nach innen und nach außen. In diesem Sinne ist die Führung der Achsenmächte zu verstehen. Sie bedeutet nicht Beherrschung, sondern unter Ablehnung der imperialen Methoden der vergangenen Epoche ein gegenseitiges Treue- und Vertrauensverhältnis.
VII.) Die europäische Zusammenarbeit wird sich als Ziel setzen, den Frieden, die Sicherheit und das Wohl aller europäischen Staaten und ihrer Bevölkerung zu fördern.
VIII.) Es wird Aufgabe der neuen europäischen Ordnung sein, weitgehend die Ursachen zu beseitigen, die in der Vergangenheit zu innereuropäischen Kriegen Anlaß gegeben haben: Beendigung des Zeitalters der europäischen Binnenkriege und Überwindung des europäischen Partikularismus.
IX.) Es wird gemeinsames Anliegen der europäischen Völker sein, Europa gegen äußere Angriffe zu sichern und zu verteidigen. Die Hauptlast werden dabei die Achsenmärkte tragen.
X.) Die europäische Zusammenarbeit wird die Aufgabe haben, raumfremde Einflüsse abzuwehren, damit es künftig unmöglich wird, die europäischen Völker gegeneinander auszuspielen. Anstelle der Politik des Gleichgewichts tritt die Politik der europäischen Solidarität.
XI.) Die im Staatenbund vereinigten europäischen Völker werden eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus bilden.*
XII.) Es werden gemeinsame Vorkehrungen getroffen werden, um Europa seine Lebensnotwendigkeiten zu sichern und es vor Bedrohung mit Wirtschaftskrieg und Hungerblockade zu schützen.
XIII.) Durch planvolle Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet werden alle Arbeitskräfte und Hilfsquellen Europas und seines afrikanischen Ergänzungsraumes zur vollen Leistung gebracht werden, um sowohl den materiellen Wohlstand wie die soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit in den einzelnen Staaten zu erhöhen.
In gemeinsamem Bemühen werden die zurückgebliebenen Wirtschaften entwickelt und damit die Lebenshaltung der breiten Massen gehoben werden. Insbesondere wird für den Absatz der europäischen Landwirtschaft zu gerechten Preisen gesorgt werden.
XIV.) Zur Belebung des gegenseitigen Güteraustausches sollen die zwischen den einzelnen europäischen Staaten bestehenden Zoll- und anderen Schranken fortschreitend beseitigt werden, wobei auf die Schonung und Sicherung der lebensnotwendigen Wirtschaftszweige, insbesondere der kleineren Wirtschaftsgebiete, Rücksicht genommen wird.
XV.) Das innereuropäische Verkehrsnetz der Eisenbahnen, Autostraßen, Wasserstraßen und Fluglinien wird nach gemeinsamer Planung ausgebaut werden.
XVI.) Während der Übergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft werden sich die Glieder des Staatenbundes gegenseitig bei der Lösung der damit zusammenhängenden Probleme Hilfe und Unterstützung gewähren.
XVII.) Der geistige und kulturelle Austausch wird unter Wahrung der völkischen Eigenart vertieft und ausgebaut werden.

Anatomie der Aggression, S. 216 ff.

* Die unter XI. obiger Leitsätze aufgeführte vereinigte Front gegen den „Bolschewismus“ ist bekanntlich nicht militärisch – wohl aber, nach 40 Jahren emsigen Bemühens, mit Wirtschafts-KRIEG an ihr Ziel gelangt.
b.) Was bei der Niederschrift der Leitsätze 1934 schon sichtbar wurde: nach Erledigung der Aufgabe (Niederringung des „Bolschewismus“) heißt die nächste „Pflicht“: Niederringung der Arabischen Welt.
Was die europäischen Völker damals nicht wußten, wußten ihre Führer alle: nach der völkerrechtswidrigen Landschenkung der britischen Kolonialmacht 1917 (Balfour-Declaration) und weiter, nach dem HAAVARE-Abkommen zwischen dem NS-Regime und der jewis agency 1933-40, war bereits **der Keim für die zwangsläufige Auseinandersetzung des Oczidents, als Angreifer, gegen den Orient gelegt.**
Die Gegenwart zeigt es uns deutlich. Irmgard

Unser neuer „Weltfeind Nr. 1“

Bei anderen gelesen: Als in den 70er Jahren die ölreichen Länder sich weigerten, die üblichen ungleichen „kolonialen“ Handelsbedingungen für ihre einzige Ware - Öl - zu akzeptieren, wurde ein neues Bild geschaffen – von dem hinterlistigen Araber, der den Westen auf Lösegeldzahlung hin erpreßt. Die Macht der „arabischen Welt“ wurde ihr im Westen sehr übelgenommen. Aber die Armut und Machtlosigkeit der arabischen/muslimischen Menschen wurde ihnen auch verübelt. Denn aus den ärmeren Regionen des Mittelmeerraumes kam Europas Subproletariat – um Straßen zu bauen und Fabriken zu reinigen, um Hausarbeit zu leisten und die Dienstleistungsindustrien mit Arbeitskräften zu versorgen. Während das „Schwarzsein“ zum Sammelpunkt für Rassismus in solchen Ländern wie Britain wurde, die Kolonien gehabt hatten und die Arbeitskraft ihrer Ex Kolonien gebrauchten, wurde in wei ten Teilen Europas der „Islam“ zum Sammelpunkt für rassistischen Haß. Aber das bei weitem bedeutendste und weitreichendste moderne Ereignis war die Balfour-Erklärung von 1917 und die Errichtung von Israel 1948 als einem Land für Juden alleine. Weil im Zionismus „Rasse“, Religion und der Staat in einer Symbiose sind, kann jede Opposition gegen Israel als Opposition gegen die Religion und die „Rasse“ gesehen werden. Die Verteidiger Israels treffen keine Unterscheidung zwischen Angriffen auf die israelische Politik, – die ein anderes arabisches Volk beraubt –, und rassistischen Haß auf Juden per se. Wie viele Gelehrte gezeigt haben, war der Antisemitismus in der arabischen Welt unbekannt, bis das zionistische Projekt auf den Weg gebracht wurde.

Lehren für die Bewegung

Mit diesem Problem verbinden sich in Europa Entwicklungen innerhalb der antifaschistischen Bewegung selbst. In vielen Ländern gibt es eine Tendenz dazu, gegenwärtige Probleme mit den Begriffen der Vergangenheit anzugehen. Daher wird eine faschistische/rassistische Gefahr als eine Wiederholung des Antisemitismus der 30er Jahre interpretiert. In Frankreich, zum Beispiel, ziehen Ereignisse wie die Schändung von jüdischen Gräbern in Carpentras die Entrüstung aller Menschen, die Gerechtigkeit fordern, auf sich und bringen sie zu Tausenden auf die Straße. Aber die Morde an Nordafrikanern haben nicht die gleiche Entrüstung, den gleichen Ruf nach Gerechtigkeit ausgelöst. Die Vordenker und Führer der antifaschistischen Bewegungen bleiben oft alten –

Formulierungen über die Natur der faschistischen Gefahr verhaftet, indem sie Nazi-Parteien alten Stils anprangern, ohne das Entstehen neuer Formen des Rassismus vor ihren Haustüren zu erkennen.
Und weil der Antiarabismus in der europäischen Kultur tief verwurzelt ist und jederzeit auftauchen kann, und weil es via Zionismus eine Verwechslung von Israel und Juden gibt, kann der Antiarabismus sehr leicht in die antirassistische Bewegung selbst eindringen. Dies geschieht in einer verdeckten Weise, wenn antirassistische Gruppen in Frankreich die Humanität von Frankreichs jüdisch-christlicher Tradition oder die Überlegenheit seiner säkularen Tradition betonen. Aber es ist schon offensichtlicher, wenn Antifaschisten unfähig dazu sind, den arabischen Nationalismus als etwas anderes als eine Bedrohung für jüdische Menschen zu sehen.
Letztlich kann die antirassistische antifaschistische Bewegung nur gestärkt werden, wenn alle Gruppen – Schwarze, Arabische, Muslimische, Jüdische –, die mit institutioneller Diskriminierung oder faschistischen Angriffen konfrontiert sind, sich im Kampf für eine allgemeine Gerechtigkeit zusammenschließen. Während wir die Besonderheit der Unterdrückungsgeschichte jeder Gruppe anerkennen und die Kampftradition jeder Gruppe respektieren, müssen wir damit fortfahren, die Gemeinsamkeiten unserer Sache hervorzuheben.

IVESA LÜBBEN, arab-Wirtschaftswissenschaftlerin, Journalistin (Al Ahram, Ägyp.) Buchautorin

Geburtstage im März

Hartmut Drewes	11. März, 54 Jahre
Heinrich Köhler	11. März, 74 Jahre
Irma Müller	13. März, 62 Jahre
Adolf Busch	21. März, 81 Jahre
Tilla Hundertmark	22. März, 78 Jahre
Heinz Federmann	26. März, 61 Jahre
Georg Minder	29. März, 67 Jahre

Herzlichen Glückwunsch
allen Kameradinnen und Kameraden
Der Landesvorstand

Gefährdeter Traum,
Du weißer Vogel Hoffnung,
siehst das Ende der Welt und diese
Unendlichkeit
des Unheils
die gegen die Ewigkeit
solchen Zustands kämpfenden
Menschen
nun fliegst du,
Weißes Wölkchen, dahin
und mein Kind malt dich
als Friedenstaube
selbstverständlich...

...ist das Gebot der Stunde

Weil es „damals" (von... bis 1988) nichts Ungewöhnliches war, kann es doch „heute" nach der Einheit nicht strafbar sein, argumentieren die Herren Streibl, Stoiber, ... daher auf deutsch gesagt, was damals keine Korruption war, kann heute auch keine sein. Und darum soll keiner glauben, daß die Herren um Krause kriechen. Dafür leben wir doch in einer demokratischen Ellenbogen-Gesellschaft.

Die ständigen Auslands- und Urlaubsreisen „unserer" Politiker haben die „gewöhnlichen" Wähler/innen schon immer nicht „geschmeckt". Und weil nicht immer „gegessen" werden kann, was nicht „schmeckt", müssen andere Köche geschaffen und gewählt werden. Ohne den Gebrauch demokratischer Rechte gibt es keine Säuberung. Ohne die konsequente Anwendung inner- und außerparteilicher Rechte wird die Parteiverdrossenheit nicht überwunden. Demokratische Rechte anwenden, verteidigen und neue erkämpfen mit und in der VVN-BdA ist das Gebot der Stunde.

Karl Leuchter

Bananen Politik z.B.

Ecuador-Bananen-Politik ein Musterbeispiel für Entwicklung neuer Armut in der sogenannten 3. Welt.
Erst wurde mit Geld der „reichsten Länder" der Welt die Infrastruktur in Ecuador für die Bananen-Kultur zerstört und jetzt wird diese in den Bankrott getrieben. Das ist die Konsequenz aus dem E.G.-Beschluß.
Brauchen wir keine Bananen mehr nach der Einheit?

Karl Leuchter

GEWITTER

Am Horizont
die Wolken wachsen
wie Schneegebirg.
Ihre Fülle
stickt das Licht
das unsre Hoffnung birgt.
Über uns
durch Windesgunst
Regenwolken treiben,
wir liegen flach
ins Gras gedrückt,
mit ihm das Naß zu teilen.
Der Sonne Blinzeln
läßt uns wachsen
leckt die alten Wunden
gibt uns ab
von ihrem Glück –
dem Regenbogenwunder

Annette 24.7.87

Gustav-Heinemann-Bürgerhaus
Kirchheide 49, 2820 Bremen

jeden 1. Dienstag
im Monat, 20.00 Uhr
Treffen des Deutsch-Ausländischen Gesprächskreises im Bürgerhaus (Raum 101)

jeden 3. Mittwoch
im Monat, 20.00 Uhr
Allgemeine Treffen der Antifagruppe (Planungsgespräche)

jeden 1. Mittwoch
im Monat, 19.30 Uhr
Treffen des Freundeskreises Marzabotto im Bürgerhaus
(Bürgerkeller)

5.2.–21.2.1993
„Fremdenhass – Ursachen"
(SZ Blumenthal)

20.–27.3.1993
Bildungsurlaub Marzabotto/Bologna des Freundeskreises Marzabotto „Kulturregion Emilia-Romagna"
(über VHS Bremen-Nord/Anmeldung Bürgerhaus)
Kosten für Bahn, Unterkunft, Halbpension, Programm: ca. DM 600,–
Gruppentreffen s. Seite 1

Mittwoch, 28. April
20.00 Uhr
„Walter C. Toebbens – Ein ehrbarer Kaufmann aus Vegesack"
– Sklavenarbeit im Warschauer Ghetto –

25.4.–7.5.1993
Bildungsurlaub in der Türkei
2. Türkeifahrt des Deutsch-Ausländischen Gesprächskreises/ Gruppentreffen s. Seite 1
(Bildungsurlaub über VHS Bremen-Nord)
Kosten ca. DM 1.300,–

Bemerkenswertes

Bündnis 90

vereinigt mit „Die Grünen" ist für den Einsatz von Blauhelmen, auch für militärische Optionen. Ob da nicht die Spaltung vorprogrammiert ist?
Aber nun nicht nur 90 – Grün, sondern quer durch Grün – 90. oder? Es wird immer klarer. „Man soll die VVN-BdA stärken, die konsequent für den Frieden streitet.

Die Bundeswehr will abspecken, statt 370 000 evtl. auf 340 000 oder auf 320 000 oder 280 000 1995?
Die Weimarer Republik war viel größer an Fläche und hatte nur 100 000 unter Waffen. Und kein Überfall erfolgte.
Selbst als das Hitlerregime das entmilitarisierte Rheinland besetzte und die Wehrpflicht wieder einführte, griff keine ausländische Macht Deutschland an.

„Nicht jeder Bauer kann Bauer bleiben"
meinte der neue Bundeswirtschaftsminister. Erst wurden Genossenschaften und Staatsbetriebe zerschlagen, in Einzelbetriebe aufgeteilt und nun wird der Einzelbauer enteignet zugunsten derjenigen, die die „freie Marktwirtschaft" in Freiheit beherrschen. „Die Großen"!

Erst wurde das Atom gespalten und nun spaltet das Atom die SPD, meint der informierte Kreis.

Zwischenbemerkung:
Am 8. Februar wurde bekannt, das Verwaltungsgericht Hannover erkennt die „Reps" als Hüterin der F.D.G.O. an, wenn sie auch ein wenig Ausländerfeindliche Politik betreibe.

WER ABSCHLIESST, IST SELBST EINGESPERRT!

FREMDE BRAUCHEN FREUNDE - WIR AUCH! -

FKK oder FKP oder Was?

Die in Bonn überschlagen sich in der "Hilfe" für die neuen Länder. Da soll ein Solidarpakt her. Und dazu ist ein Föderales Konstituierungs-Konzept (FKK) nötig.

Oh je, FKK, also alles das ist anrüchig, vielleicht sogar entlarvend? Also wird statt "Konzept" "Pakt" gesagt.

FKP? Das regt doch zu neuen Wortschöpfungen an, z.B. Förderale Kommunistische Partei oder ähnlich. Auf jeden Fall ist FKP auch vom Tisch, dafür werden zunächst 25.000 Stahlkocher im Westen und 10.000 im Osten abgebaut. Da ist doch wohl Solidarität angesagt für die Erhaltung der Arbeitsplätze in West und Ost. Die Solidarität der Herren von "Oben", die greift nicht, die greift nur in die Taschen der "Kleinen". Dies haben die "Oberen erst kürzlich deutlich demonstriert mit der Ablehnung der Vorschläge der SPD. Da besonders die hohen Gehälter-zahlen sollten, hat man allen Beamten die 3% erst ab 1. Mai statt ab 1.1.93 gewährt. Nur da zahlen auch nur die, die kleine Gehälter haben. Wenn es wirklich um die Solidarität mit dem Osten ginge, müßten keine Arbeitsplätze abgebaut, keine Betriebe mehr gewalzt oder für DM 1,– oder an abgehalf terte Politiker wie an Herrn Albrecht verkauft werden. Und den sog. Arbeitgebern sollten die Betriebe wieder weggenommen werden wenn sie nicht wirtschaften können und darum wie im Freistaat Sachsen statt die gesetzliche Lohnerhöhung von 26% nur 9% gewähren wollen. Die soziale Marktwirtschaft ist eben nur ganz gewöhnlicher Kapitalismus, erkennen immer mehr in West und Ost.

W.H.

Wer bezahlt?
Und Herr Kohl fliegt für 14 Tage mit 15 Wirtschaftern nach Vorder- und Hinterasien.

BUCHTIP:

Lorenz Knorr

Deutschland – 60 Jahre danach

Ursachen des Neofaschismus

VVN/Bund der Antifaschisten, Hessen

Im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 2800 Bremen 1 erhältlich für **DM 2,–**

22. Februar 1993 – RAMADAN beginnt –
das sagt UNS NICHTS?
das ist
„NUR FÜR DIE ANDEREN"?
WENIGER IM MAGEN, und
MEHR IM KOPF,
IST NOTWENDIG. Not! wendig!

- GEGEN FASCHISMUS/RASSISMUS/KOLONIALISMUS!
- GEGEN MENSCHENRECHTSVERBRECHEN UND VÖLKERMORD!
- HIER! UND DORT! UND ÜBERALL!
- WIDERSTAND! !INTIFADAh! erfolgreich NUR international

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:
Dienstags von 15.00 – 18.00 Uhr
Mittwochs von 15.00 – 18.00 Uhr
Donnerstags von 15.00 – 18.00 Uhr
Tag der Bürokasse und Beitragszahlungen
Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Montag von 17.00 – 18.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 4. Montag von 19.00 – 22.00 Uhr der Landesvorstand
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Bekanntmachung Beratungsdienst
Jeden Mittwoch in der Zeit von 16.30 – 18.00 Uhr im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, in allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, wird auch Hilfe bei Behördengängen möglich sein.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
2800 BREMEN 1
Tel.: 04 21/38 29 14

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 61 12 62

Redaktionsschluß für den BAF am 15. eines jeden Monats.
Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark